

Auslese wichtiger Fachzeitschriftenbeiträge

Zusammengestellt von RA Prof. Dr. Helmut Pollähne, Bremen, und RA Prof. Dr. Björn Gercke, Köln

Strafrecht

StGB §§ 20, 21, 46, 211, 224, 315b

Trierer Amokfahrt

El-Ghazi JR 2024, 302

Im Erg. zust. Anm. zum Beschl. des *BGH* v. 13.09.2024 (4 StR 40/23 = StV 2024, 231; in der JR versehentlich als 4 StR 80/22 notiert) zur sog. »Trierer Amokfahrt«.

StGB § 30 Abs. 2 Var. 3

Verbrechensverabredung

Hoffmann-Holland/Winter GA 2024, 331

Anlässlich der Entscheidung des *BGH* v. 29.11.2023 – 6 StR 179/23 hinterfragen *Verf.* die bislang herrschende Auslegung, dass eine Verabredung mittäterschaftlicher Beiträge erforderlich sein soll.

StGB § 46 Abs. 2 S. 2

Strafzumessung

Grafe/Soll ZfStw 2024, 165

Autoren unterziehen die Modifizierungen des § 46 Abs. 2 S. 2 StGB in den letzten zehn Jahren, zuletzt durch die begrüßenswerte Ergänzung der »geschlechtsspezifischen« und »gegen die sexuelle Orientierung« gerichteten Beweggründe, einer krit. Würdigung und kommen zu dem Erg., dass die enumerative Auflistung inzwischen ausufert und zugleich doch in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise unvollständig bleibt.

StGB § 64

Substanzkonsumstörung

Peglau JR 2024, 305

Anm. zur neuen Rechtslage bzw. Rspr. zu § 64 S. 1 StGB n.F. am Beispiel des Urt. des *BGH* v. 15.11.2023 (6 StR 327/23).

StGB § 108f

Unzulässige Interessenwahrnehmung

Zimmermann NJW 2024, 1847

Verf. kommt zu dem Ergebnis, dass der als Antwort auf die Maskenaffäre geschaffene Straftatbestand des § 108f StGB keinen effektiven Beitrag zur Bekämpfung politischer Korruption leisten kann.

StGB § 177 Abs. 1 Var. 3

»Bestimmen« zu sexuellen Handlungen

Eisele JR 2024, 310

Anm. zum Beschl. des *BGH* v. 14.02.2023 – 2 StR 403/22 (*BGHSt* 67, 261 = StV 2024, 304).

StGB § 203 Abs. 1 Nr. 3; StPO § 147 Abs. 1

Verwendung und Weitergabe der Ermittlungsakte

von der Meden/Schwerdtfeger/Petersen StraFo 2024, 202

Autoren stellen klar, dass kein Verrat von Privatgeheimnissen gem. § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB vorliegt, wenn mit Einverständnis der Mandant*innen die Ermittlungsakte zu Verteidigungszwecken weitergegeben oder die personenbezogenen Daten aus dieser Akte verwendet werden.

StGB § 206; TKG § 3 Nr. 59; GG Art. 10

Telekommunikationsbegriff

Heinelt/Hanke NSTZ 2024, 338

Verf. lehnen eine Übertragung der Begriffsdefinitionen des TKG auf das Strafrecht ab und plädieren stattdessen für einen autonomen Telekommunikationsbegriff des § 206 StGB, welcher unmittelbar der grundrechtlichen Schutzbereichsdefinition aus Art. 10 GG entlehnt ist.

StGB § 240 Abs. 2; GG Art. 20a

Klimaprotest

Makepeace ZfStw 2024, 159

Der Beitrag beschäftigt sich mit der strafrechtlichen Verwerflichkeit i.S.d. § 240 Abs. 2 StGB und den Verteidigungsmöglichkeiten bzw. -argumenten im Zshg. mit Klimaprotesten.

StGB § 261; KCanG § 34

Erwerb und Besitz geringer Mengen Cannabis

Weiß wistra 2024, 225

Autor geht der Frage nach, ob der Erwerb oder Besitz geringer Mengen von Konsumcannabis, der nicht nach § 34 KCanG strafbar ist, den Straftatbestand der Geldwäsche nach § 261 StGB verwirklichen könnte.

StGB § 263

AGG-Hopping

Stefanopoulou GA 2024, 319

Autor thematisiert die Betrugsrelevanz von nicht ernst gemeinten Bewerbungen, die allein das Ziel verfolgen, wegen einer angeblich erlittenen Diskriminierung Entschädigungsansprüche nach dem AGG geltend zu machen (sog. AGG-Hopping), wobei es sich um den 1. Teil dieses Beitrags und zugleich um eine Besprechung von *BGH*, Beschl. v. 04.05.2022 – 1 StR 138/21 = StV 2023, 173 handelt.

StGB §§ 263 Abs. 1, 264a Abs. 1 Nr. 1 Var. 1;

UWG § 16 Abs. 1; HGB § 331 Abs. 1 Nr. 1

Socialwashing

Schelzke/Bosch wistra 2024, 233

Es wird überprüft, ob Socialwashing wirklich strafbar ist, mögliche Verteidigungsansätze aufgezeigt und zuletzt dargestellt, dass die Strafverfolgung hier bereits maßgeblich durch europäische Normen beeinflusst ist.

StGB §§ 266a, 52, 53, 25, 27 u.a.
Konkurrenzen und Beteiligung

Theile NZWiSt 2024, 205

Verf. setzt sich mit der Entscheidung des *BGH* v. 06.09.2023 – 1 StR 57/23 = StV 2024, 724 auseinander, welche die sehr wichtige Frage der Behandlung der Konkurrenzen im Zshg. mit Straftaten nach § 266a StGB weiter klärt.

StGB §§ 299, 332, 334
Korruptionsdelikte

Zimmermann GA 2024, 301

Abhandlung ist *Urs Kindhäuser* zum 75. Geburtstag gewidmet und greift sein Verständnis des Korruptionsunrechts auf, um die Entwicklung einer aus der allg. Straftatlehre gespeisten Universalgrammatik zu skizzieren.

WiStG § 5; StGB § 291; BGB § 134
Mietwucher

Bechtel NZWiSt 2024, 216

In diesem Beitrag (Teil 1) wird untersucht, warum die rechtspraktische Bedeutung des § 5 WiStG als Bußgeldtatbestand und auch als Verbotsgesetz i.S.d. § 134 BGB so gering ist, und dabei ein Vergleich mit § 291 StGB vorgenommen und auf aktuelle Reformpläne hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung des § 5 WiStG eingegangen.

BGB § 117; AO §§ 41 und 42; SubvG § 4
Erlangung ungerechtfertigter (Steuer-)Vorteile

Nickel ZWH 2024, 171

Verf. erläutert, wie sich bei Preisänderungen oder -absprachen nach den §§ 117 BGB, 41, 42 AO und 4 SubvG Scheingeschäfte, verdeckte Rechtsgeschäfte und Umgehungsgeschäfte zur Erlangung ungerechtfertigter (Steuer-)Vorteile im Zshg. mit öffentlichen Hilfen und Sanktionen abgrenzen lassen und welche straf- bzw. steuerstrafrechtlichen Konsequenzen sich daraus ergeben können.

BtMG §§ 29 ff.
Selbstgefährdungsdogmatik zum BtMG

Öz JR 2024, 274

Ausgehend von der Heroinspritzen-Entscheidung (*BGHSt* 32, 262 = StV 1984, 242) unterzieht *Verf.* die Gefährdungsdogmatik der Rspr. zum Btm-Recht einer krit. Analyse.

GwG §§ 18 ff., 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 55–63
Transparenzregister

Kleemann/Rose ZWH 2024, 157

Autoren stellen das im Oktober 2017 eingeführte Transparenzregister vor, das die Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verhindern soll, und erläutern die Bestimmung der wirtschaftlich Berechtigten nach den maßgeblichen Regelungen des GwG sowie die vorgesehenen Mitteilungspflichten, wobei die Abgabe von unrichtigen Meldungen nach § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 55–63 GwG bußgeldbewehrt ist.

KCanG § 34
Nicht geringe Menge Cannabis

Gärditz JZ 2024, 564

Krit. Anm. zum Beschl. des *BGH* v. 18.04.2024 (1 StR 106/24 = StV 2024, 456) zu den »Grenzen höchstrichterlicher Normkonkretisierung«.

KWG §§ 32 Abs. 1 S. 1, 54 Abs. 1 Nr. 2;
StGB §§ 263, 264a; BGB §§ 823 Abs. 2, 826
Fehlende Erlaubnis der KWG-Aufsicht

Schulteis ZWH 2024, 164

Verf. befasst sich anhand von zwei Entscheidungen (*BGH*, UrT. v. 09.11.2023 – III ZR 105/22 und *OLG Köln*, UrT. v. 23.11.2023 – 24 U 69/23) mit »Schneeballsystemen« in Gestalt der gewerbsmäßigen Vereinnahmung von Einzahlungen und Investitionen ohne die nach § 32 Abs. 1 S. 1 KWG erforderliche Erlaubnis und zeigt die straf- und zivilrechtliche Rechtslage einschließlich der Schadensersatzansprüche geschädigter Anleger auf.

Verfahrensrecht

EU-RHÜ Art. 10; 2. ZP-EuRhÜbk Art. 9; EEA-RL Art. 24

Grenzüberschreitende Videovernehmung

Roth NSTZ 2024, 329

Vorgestellt werden die möglichen Rechtsgrundlagen für eine grenzüberschreitende Videovernehmung von Zeug*innen und Beschuldigten.

EU-Einziehungsrichtlinie 2014/42/EU Art. 6 Abs. 2 u.a.
Einziehung von Bankeinlagen

Heger ZfStw 2024, 195

Am Beispiel von Bankeinlagen in Lettland (ABLV-Bank), die seit 6 J. aufgrund eines (Geldwäsche-)Verdachts beschlagnahmt sind, erläutert *Verf.* die EU-Vorgaben zum Einziehungsrecht und fordert, dass unbedingt auch die dortigen Regelungen zum Schutz gutgläubiger Drittbetroffener in allen EU-Mitgliedstaaten effektiv umgesetzt werden.

VO (EU) 2023/1543 und RL (EU) 2023/1544
E-Evidence-Gesetzespaket

Krumwiede ZfStw 2024, 202

Verf. analysiert das im August 2023 i.K. getretene EU-Gesetzespaket zur sog. E-Evidence, das aus der Verordnung (EU) 2023/1543 und der flankierenden Richtlinie (EU) 2023/1544 besteht und den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln erleichtern soll.

VO (EU) 2023/1543 und RL (EU) 2023/1544
E-Evidence-Gesetzespaket

Kiejnich-Kruk NJECL 2024, 126

Autorin untersucht das Verhältnis zwischen Effizienz und Verfahrensgarantien im EU-Gesetzespaket zu E-Evidence

EEA-Richtlinie 2014/41/EU Art. 6, 14, 31 EncroChat

Meyer-Mews HRRS 2024, 191

Autor bespricht das Urte. des *EuGH* v. 30.04.2024 – C-670/22 über die Vorlage des *LG Berlin* (Beschl. v. 19.10.2022 – [525 KLS] 279 Js 30/22 [8/22]) und stellt es dem grundlegenden Beschl. des *BGH* v. 02.03.2022 – 5 StR 457/21 = StV 2022, 353 zur Verwertbarkeit der Erkenntnisse aus der Ausspähung von EncroChat-Daten gegenüber.

StGB § 2 Abs. 3; KCanG § 34; BtMG §§ 29 ff.; StPO §§ 354, 354a

Meistbegünstigungsgrundsatz

Patzak/Möllinger NSTZ 2024, 321

Autoren befassen sich mit den Auswirkungen des neuen Cannabisgesetzes (CanG), das zum 01.04.2024 i.K. getreten ist, auf noch nicht abgeschlossene Revisionsverfahren.

StPO § 53 Abs. 1 Nr. 5 Forschungsfreiheit

Verrel WissR 2023, 313

Im Erg. zust. Anm. zum Beschl. des *BVerfG* v. 25.09.2023 (1 BvR 2219/20 = StV 2024, 349).

StPO §§ 140 ff. Recht der Pflichtverteidigung

Burhoff StraFo 2024, 210

Burhoff gibt einen Überblick über die neue Rspr. zur Pflichtverteidigung aus dem Jahr 2023 bis Mitte Mai 2024.

StPO § 154a Beschränkung der Strafverfolgung

Krumm NSTZ 2024, 344

Verf. setzt sich mit der gerichtlichen Beschränkung der Strafverfolgung nach § 154a Abs. 2 StPO auseinander.

StPO § 359 Nr. 5 Wiederaufnahme zugunsten Verurteilter

Leitmeier HRRS 2024, 197

Mit Blick auf den *Genditzki*-Fall und eine Entscheidung des *BVerfG* v. 04.12.2023 – 2 BvR 1699/22, welches eine Verletzung des allg. Justizgewährungsanspruchs aufgrund unerfüllbarer und unzumutbarer Bedingungen bzgl. eines Wiederaufnahmeantrags feststellte, untersucht *Verf.* das Institut der Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten gem. §§ 359 ff. StPO und fordert eine umfassende Reform, um die Wiederaufnahme zu einem effektiveren Rechtsbehelf zu machen.

StPO § 362 Nr. 5 Wiederaufnahme zuungunsten Freigesprochener

A. Schmidt ZfIStw 2024, 172

Anlässlich des Urte. des *BVerfG* v. 31.10.2023 – 2 BvR 900/22 = StV 2024, 1, welches die Norm aufgrund von Art. 103 Abs. 3 GG für verfassungswidrig erklärt hat, wird die Diskussion um die Einführung des § 362 Nr. 5 StPO einer krit. Würdigung unterzogen und dabei festgestellt, dass die Entscheidung im Erg. richtig ist, nicht aber mit der Abwägungsfestigkeit des Mehrfachverfolgungsverbot, sondern nur mit

dem Verhältnis zwischen materieller und prozeduraler Gerechtigkeit begründet werden kann.

StPO §§ 424, 428 u.a. Vertretung der Einziehungsbeteiligten

Rettke wistra 2024, 221

Autor bespricht die möglichen Auswirkungen der Entscheidung des *BGH* v. 12.12.2023 – 3 StR 278/23, wonach die Vertretung der Einziehungsbeteiligten durch den Angekl. in der Hauptverhandlung zulässig ist.

AO § 30 Steuergeheimnis

Radon NZWiSt 2024, 209

Der Beitrag stellt zunächst die Systematik der Regelung des Steuergeheimnisses vor und geht anschließend auf seine konkrete Bedeutung für das Strafverfahren ein.

GrCh Art. 50; SDÜ Art. 54, 55 Abs. 1 lit. b Ausnahmen des europäisch-transnationalen *ne bis in idem*

Coffey NJECL 2024, 241

Autor untersucht die Konsequenzen von *EuGH*, Urte. v. 23.03.2023 – C-365/21 zur Weitergeltung von Ausnahmen des europäisch-transnationalen *ne bis in idem* (Art. 54 SDÜ, Art. 50 GrCh).

Verteidigung

VV-RVG Teile 4–7 Vergütung

Burhoff StRR 6/2024, 6

RÜ zur Rspr. aus dem Jahr 2023 zu den Teilen 4–7 VV-RVG.

VV-RVG Vorbem. 4 Haftzuschlag

Klüsener JurBüro 2024, 277

Der »Haftzuschlag in Strafsachen« im Überblick.

Rechtshilfe

RL (EU) 2018/1805 Transnationale Vermögensabschöpfung

Maugeri NJECL 2024, 164

Autorin untersucht das Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und Verfahrensgarantien bei der gegenseitigen Anerkennung von Entscheidungen über die Sicherstellung und Einziehung von Vermögen

Vollzugsrecht

Transgender in Haft

Jacobs NJECL 2024, 225

Autorin untersucht europarechtliche Initiativen zum Schutz von Transgender-Gefangenen.

Kriminalpolitik

StGB §§ 61 ff. Maßregelvollzug

BJ 158 (6/2023)

Drei Beiträge zu »Unterbringung und Maßregelvollzug«: Abschaffung? Kontrolle! Steigende Zahlen – eine Spirale ohne Ende?

StGB § 177 u.a. Strafrechtliche Sanktionierung von Sexualdelikten

Fischer ZfStw 2024, 150

Verf. krit. die populistische Stimmung und die mangelhafte empirische Grundlage des kriminalpolitischen Vorschlags von Ehlen/Hoven/Weigend (in KriPoZ 2024, 16), Sexualdelikte in der Praxis härter zu bestrafen und die Strafzumessung zu reformieren.

StPO-E § 110c Tatprovokation

Walter ZfStw 2024, 184

Anlässlich eines aktuellen RegE, der u.a. auch einen Regelungsvorschlag in § 110c StPO-E zur Tatprovokation beinhaltet, weist Autor darauf hin, dass dem Gesetzgeber gerade ein »Grundlagenirrtum« unterlaufe, denn bei der Tatprovokation handele es sich um eine präventive und nicht um eine strafprozessual-repressive Maßnahme, und für rechtsstaatswidrige Provokationen macht er den Vorschlag, dass sie einen persönlichen Strafausschließungsgrund zur Folge haben sollten.

Umweltkriminalität und »due diligence«

Albuquerque NJECL 2024, 209

Autorin plädiert für eine Kriminalisierung von *due-diligence*-Verstößen zum Schutz der Umwelt.

Kriminologie & Kriminalistik

Antisemitismus

Praxis der Rechtspsychologie 2/2024

Diverse Beiträge zum Schwerpunkt »Antisemitismus als Gegenstand der Rechtspsychologie«, u.a. zu deren forensischer Relevanz.

Catcalling

Meissner Kriminalistik 2024, 338

Phänomenologische und viktimologische Betrachtungen.

Rig-Abgleich

Engelhard u.a. Kriminalistik 2024, 322

Der digital-anthropometrische sog. Rig-Abgleich wird als forensisches Instrument zur bildgestützten, biometrischen Personenidentifizierung vorgestellt.

Wohnungseinbrüche und TKÜ

Wollinger Kriminalistik 2024, 343

Auch vor dem Hintergrund langfristig (und insb. auch in den letzten zehn Jahren.) sinkender Fallzahlen zum WED wird der TKÜ-Einsatz krit. evaluiert.